



Kantonsrat  
Eingegangen: 04. MAI 2026

Maurus Pfalzgraf  
[Maurus@pfalzgraf.ch](mailto:Maurus@pfalzgraf.ch)

An den  
Regierungsrat Schaffhausen  
Regierungsgebäude  
Beckenstube 7  
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 4.5.2026

Kleine Anfrage **2026 / 13**

## **PFAS-Belastung:**

### **Aktueller Stand und Handlungsbedarf**

Sehr geehrte Dame und Herren

PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) sind tausende künstlich hergestellte Chemikalien, die seit den 1940er-Jahren verwendet werden. Dank ihrer wasser-, fett- und hitzeabweisenden Eigenschaften stecken sie unter anderem in Feuerlöschschäumen, beschichteten Pfannen, Textilien und Lebensmittelverpackungen.

PFAS gelangen über verschiedene Wege in Luft, Böden und Gewässer und damit auch in unsere Lebensmittel. Sie werden in der Umwelt kaum abgebaut und werden deshalb als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet. Einzelne PFAS sind gesundheitsschädlich und wurden bereits verboten, weil sie zum Beispiel Leber und Nieren oder das Immunsystem beeinträchtigen können. Für viele andere PFAS fehlen noch ausreichende Untersuchungen. Umso wichtiger ist es, zu wissen, wo diese Stoffe vorkommen und in welchen Mengen.

Die Erfassung der PFAS-Belastung und der Umgang mit belasteten Standorten liegen heute zu einem grossen Teil in der Verantwortung der Kantone. Verschiedene Kantone haben bereits Messprogramme gestartet. Gleichzeitig sind die Kantone zuständig für die Feststellung von Grenzwertüberschreitungen in Lebensmitteln sowie für mögliche Entschädigungen betroffener Betriebe, etwa in der Landwirtschaft oder Fischerei.

Die Sanierung belasteter Standorte ist aufwendig und teuer. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Schweiz in den nächsten 20 Jahren Kosten in Milliardenhöhe entstehen könnten, falls weiterhin PFAS in die Umwelt gelangen.

Am 11. Januar 2022 hat die Regierung bereits eine kleine Anfrage von Maurus Pfalzgraf beantwortet. Zudem wurde am 9.1.2025 eine Medienmitteilung zum Thema PFAS vom IKL publiziert.

Es wurde davon ausgegangen, dass je höher der Abwasseranteil im Vorfluter ist, (d.h. im Gewässer, in welches der Kläranlagenauslauf mündet), desto höher die Konzentrationen von PFAS sind. Im Kanton



Schaffhausen gibt es total neun Kläranlagen. Im Einzugsgebiet der ARA Bibertal-Hegau und der ARA Röti befinden sich grössere Industriebetriebe. Allerdings wird in beiden Fällen das gereinigte Abwasser in den Rhein eingeleitet, wo es stark verdünnt wird. Im Einzugsgebiet der ARA Schleithelm liegt das Ausbildungszentrum für den Zivilschutz und das Feuerwehrwesen. Die ARA Schleithelm leitet das gereinigte Abwasser in die Wutach ein. Dabei handelt es sich um ein mittelgrosses Gewässer. Aufgrund der Verdünnung in der Wutach wird das Risiko von erhöhten PFAS-Konzentrationen im Gewässer als gering eingeschätzt. Den höchsten Abwasseranteil im Vorfluter hat die ARA Hallau, welche in den relativ kleinen Halbbach einleitet. Da sich in deren Abwassereinzugsgebiet kaum Industrien mit Anwendungen von PFAS befinden, ist auch hier das Risiko als gering einzuschätzen.

Eine starke Verdünnung senkt zwar die Belastung, aber verunmöglicht zugleich eine Entfernung der problematischen Substanzen aus der Umwelt.

1. Gibt es Schätzungen darüber, in welchen Mengen PFAS in Schaffhausen jährlich durch Kläranlagen in die Umwelt ausgebracht werden?

Wie die umliegenden Kantone und Länder plant auch der Kanton Schaffhausen durch das Interkantonales Labor umfassende Messungen von PFAS auf Verdachtsflächen. Dazu gehören u. a. Standorte von Grossbränden und Löschübungsplätzen von Feuerwehren und Zivilschutz, aber auch Industriestandorte mit Einsatz von PFAS. Die Standorte sollen in einer Kampagne ermittelt, untersucht und beurteilt werden. Im Umgang mit PFAS bei belasteten Standorten und in Böden bestehen aktuell noch diverse offene Fragen; zum Teil fehlen Grundlagen für den Vollzug (z.B. Auswahl der zu analysierenden Substanzen aus der Vielzahl von PFAS in Boden und Aushub, Abgrenzung zwischen belasteten Standorten und Hintergrundbelastung, Beurteilungswerte sowie Materialentsorgung bei Sanierungen). Die offenen Fragen werden aktuell im Rahmen eines Projektes auf Bundesebene (PFAS Projekte 2019-2021 und 2021-2023) behandelt und geklärt. Zur fachlichen Planung der PFAS-Kampagne auf belasteten Standorten im Kanton Schaffhausen ist das Interkantonale Labor in verschiedenen Arbeitsgruppen und Erfahrungsaustausch-Gremien vertreten (Arbeitsgruppe der Ostschweizer Kantone, nationale Veranstaltungen des Bundesamts für Umwelt sowie in einer Arbeitsgruppe der Internationalen Bodenseekonferenz [IBK] mit Schwerpunkt PFAS und Mikroplastik).

2. In der Medienmitteilung vom 9.1.2025 ist jedoch nichts über eine Messung auf Standorten von Grossbränden oder Löschübungsplätzen von Feuerwehren und Zivilschutz zu finden, auch über Industriestandorte findet sich in der Medienmitteilung nichts. Gab es solche Messungen im Kanton Schaffhausen? Falls nein, warum nicht?

Erste Untersuchungen im Grundwasser, welches zur Trinkwassernutzung dient, sind 2021 erfolgt. Weitere Untersuchungen waren zur Absicherung im Jahr 2022 geplant. Gezielte Kampagnen zu PFAS in Oberflächengewässern und Kläranlagenausläufen waren für die Jahre 2022 / 2023 geplant.

3. Wie sind diese Messungen, insbesondere in den Kläranlagenausläufen ausgefallen?
4. Sind weitere noch nicht spezifisch erfragte Massnahmen geplant? Wird eine Gesamtsicht erstellt, und mit welchen Kosten ist zu rechnen?
5. Sind bereits belastete Standorte identifiziert oder Sanierungsprojekte im Gang? Falls ja: Welche Standorte sind betroffen und welche Kosten fallen an?



6. Gibt es Bau- oder Infrastrukturprojekte, die sich wegen PFAS-Belastungen verzögern? Falls ja: Welche und in welchem Ausmass?
7. Kommt es zu Verzögerungen, weil PFAS-belastetes Material nicht fachgerecht entsorgt oder deponiert werden kann? Falls ja: Wo und warum?
8. Mit welchen Kosten rechnet der Regierungsrat in den nächsten 20 Jahren, wenn weiterhin PFAS in die Umwelt gelangen?  
Lässt sich abschätzen, wie die Kosten reduziert würden, wenn der Einsatz von PFAS rasch auf notwendige Anwendungen («essential use») beschränkt würde.
9. Wird der Regierungsrat beim Bund Massnahmen anregen, zum Beispiel eine Abgabe auf PFAS an der Quelle, ein Verbot nicht notwendiger Anwendungen oder eine Beteiligung des Bundes an Sanierungskosten?

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen

Herzliche Grüsse

Maurus Pfalzgraf